

Wann immer die Arbeiter besser werden wollen. Doch heißt ihr Programm in großen Umfassen deutlich genug sein.

Wie aus der Regierungserklärung hervorgeht, wird die Diktaturregierung einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen ergreifen.

Es ist dies in erster Linie eine Verordnung auf neuen Notstand. Der Ausbau der Erwerbslosenunterstützung. Ob dieser Ausbau direkt oder durch die veränderte Verhältnisse der "Lohnfrage", durch Herabsetzung der Unterstützungsbeträge, durch Beschäftigungsprüfung erfolgt — er bedeutet, daß den Vermittlern der Firmen die Margarine vom Brot weggenommen wird und die Hälfte des stundenlangen Brotes dazu, daß für das Arbeiterkind selbst ein halber Liter Milch wöchentlich ein unerwartungsgelohener Luxus wird.

Ueber diese sofortigen Abbaumaßnahmen hinaus bereiten die Papen-Schleicher-Hitler die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung überhaupt vor.

Katzen mit diesem Kreuzzug gegen die Erwerbslosen steht eine neue Offensive gegen die Löhne, die dem Herrschenden vom Staat und vom Reich noch zu hoch sind. Der frühere Kruppdirektor Schüller als Arbeitsminister — das Hauptziel den Kurs auf rückwärts.

Schon haben die Werftgewaltigen, als erste im neuen Reich des Lohnabbaus, einen brutalen Schlag geführt. Kein Zweifel, daß jetzt in allen Industrien und in einzelnen Betrieben die gleiche Vorherrschaft folgen werden, mit dem Ziel, durch Senkung der Löhne und Arbeitslosen, durch Streikung von Löhnen, durch Verhinderung von, z. B. in der Urlaubsbewertung, durch erhöhte Arbeitszeit und gleichzeitige Entlassungen aus dem Arbeiter immer noch mehr herauszusaugen.

Die Regierungsbankrott werden dabei die Werft-, Kohlen- und anderen Industrieunternehmen nicht allein lassen. Erweitert wird leitens der Diktaturregierung die Einführung der Lohnsenkung, die einer weiteren Kürzung der Löhne der Arbeiter, Beamten und Angestellten gleichkommt, ferner soll die Einkommensteuer vergrößert und die Grunderwerbsteuer erhöht werden.

Eine "Kittschicht" steht den Löhnen droht. Alle die Besten von uns, ja, die Junker, sind erneute Zollerhöhungen geplant. Ihre Forderungen werden erfüllt werden, mögen auch Getreide und Fett, Fleisch und Eier im Preise steigen, mag das Brot noch teurer werden.

Doch das ist nicht alles. Entscheidende kapitalistische Kreise rechnen damit, daß alle diese Blutabsaugungen an den Arbeitern und Wehrfähigen nicht ausreichen werden, daß trotzdem die Ausbeute weiter abnehmen, die Verluste in Staat, Banken und Gemeinden noch größer werden. Sie sehen sich nach neuen Raubmethoden um und immer mehr rückt in den Vordergrund der Plan einer Inflation in Verbindung mit der Arbeitslosenpflicht.

Eine Geldentwertung soll für die Schwerindustrie die Ausfuhrmöglichkeiten erhöhen und den Großkaufmann die Schulden annullieren und durch die Arbeitslosenpflicht eine Armee inoffizieller Jugendlicher geschaffen werden, die zum Lohnraub, zu falschen und imperialistischen Zwecken verwendet werden soll. Dazu bedeutet für die Arbeiter die Geldentwertung einen automatischen neuen Abbau der Löhne, für die Erwerbslosen eine Kürzung der Unterstützung, für die kleinen Später den Verlust der letzten Groschen.

Diese reaktionären kapitalistischen Maßnahmen unterstützt die NSDAP. Erst vor einigen Tagen hat der Reichs-Propagandaminister Goebbels im Reichstagsreden die Bereitschaft der NSDAP zur Durchführung von Zollerhöhungen und zur Ausgabe "nationalistischer Geldmengen", d. h. Notentwurf und Inflation, erneuert. Mit Terror und Verboten, mit denen sie Anhänger lockern, dienen die Hitler und Goebbels, mit denen sie Anhänger lockern, dienen die Hitler und Goebbels, mit denen sie Anhänger lockern, dienen die Hitler und Goebbels.

Die NSDAP hat heute die Maßnahmen dem Volk, welche die Wirtschaftslage unabweisbar macht. In solcher Lage ist es das historische Recht der nationalsozialistischen Bewegung, die Wahlen zur Eingabe an eine Idee ohne Rücksicht auf das eigene Ergehen gebracht. ... und sie damit zu Opfern und Entbehrungen fähig gemacht zu haben.

Das ist unendliche Offenheit. Die Rolle der NSDAP besteht neben dem blutigen Terror gegen die Arbeiter in der Tat darin, den Wertungen durch nationale und soziale Phrasen eine Fingergabe an die Idee vorzutun und sie so im Interesse des "Kapitals" zu Opfern und Entbehrungen fähig zu machen. Der Kampfwillen der Arbeiter gegen die furchtbare Ausbeutung wird sich jedoch stärker erweisen, als die Schwindel-"Ideen" der Nazis. Für jede einzelne Maßnahme der Papen-Schleicher-Diktatur trägt die NSDAP die volle Verantwortung. Jede Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, jeder Lohnabbau, jede sozialreaktionäre Anordnung Schleichers und Schüllers ist ungleich das niederträchtige Werk Hitlers und der Hitlerpartei, die zudem durch Propaganda, Streikbrücherei und Terror versuchen werden, die Gegenwehr der Arbeiter gegen die Ausbeuter zu behindern.

Ebenso verantwortliche sind die SPD- und KPD-Führer, hinter deren Oppositionsgeheiß sich die Unterstützung auch der Schleicher-Papen und die weitere Weidbereiung der offenen falschen Diktatur verbirgt. Welch eine lächerliche "Oppositions"komödie, wenn z. B. der "Vorwärts" gegenüber der Regierungserklärung behauptet, die Finanzen seien nicht verfallend. Die Arbeiter müssen diese unersagbare Tatkunde des kapitalistischen Zusammenbruchs unterstützen und proletarische Schlüsse daraus ziehen. Am in dem propagierten Schleicher, Hitler und Goebbelsmann den falschen Arbeitsdienst, und Kapitalabbau und KPD-Tarnung predigen die gleiche Inflation. Nach wie vor versuchen die Wels und Seppert, jeden Streik zu unterbinden.

Nur die Kommunistische Partei und die KPD organisieren den Widerstand und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse. Sie rufen zur totalen Einheitsfront aller Arbeiter ohne Unterschied. Sie machen mobil zur antisozialistischen Aktion. Sie zeigen die Aufgabe, die Ernst Thälmann am Sonntag in der KPD-Konferenz umriß.

Der außerparlamentarische Massenkampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, die Treisträufel und Treisträufel und der politische Massenstreik sind die entscheidenden Waffen gegen die falsche Reaktion und ihre arbeitgeberfeindlichen Maßnahmen. Die falsche Offenheit der Bourgeoisie muß zur härtesten Herausforderung führen Einzel- und Treisträufel durch den verhängnisvollen Kurs auf Entlassung politischer Streiks und Massenstreiks beantwortet werden.

So gebietet es die Situation. So heißt es, die revolutionäre Wahlkampagne zu entfalten. So gibt es zu handeln.

Wettervorhersage

Reißt schmale Winde aus westlichen Richtungen. Ermas Nebelungsabnahme. Dersich Nebel, tagsüber etwas Erwärmung. Keine erheblichen Niederschläge.

Diktaturpläne der Papen-Schleicher

Erneute Reichstagsauflösung? Pläne zur Erweiterung des Notenumlaufs. Rigorose Sparmaßnahmen im Haushaltsplan. Etat durch Notverordnung.

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, bezieht in den Kreisen der Regierung der ungeheuerliche Plan, den jetzt zu wählenden Reichstag eventuell sofort wieder aufzulösen, wenn sich keine Mehrheit für die Papen-Regierung ergibt.

Nach dem Berliner Tageblatt plant die Regierung die Ausgabe von Schanzenanleihe die von den Banken getrieben werden sollen, und die Banken sollen die Schuldzinsen werden an die Reichsbank geben, die dafür neues Papiergeld ausgibt.

Ein zweiter Weg der vorgeschlagen wird, in der die Industrieunternehmungen, die das Reich belagern, sollten gemaltige Kredite erhalten, die dann das Reich nimmt und für seine eigenen Zwecke gebraucht. Auch hier soll die Reichsbank die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen.

Beide Wege würden unweifelhaft zu einer Erweiterung des Geldumlaufs und Preissteigerungen führen, die unter, noch weit furchtbarerem Glanz für die Massen der Bevölkerung bedeuten.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden grundsätzliche Beschlüsse über die Sicherstellung der Reichsfinanzien gefaßt, über die die bürgerliche Presse berichtet, daß weitestgehende Sparmaßnahmen insbesondere beim Vermögenswerten in Aussicht genommen seien. Es heißt darüber:

Bei welchen Haushaltsmaßnahmen im einzelnen weitere Sparmaßnahmen möglich sein werden, steht noch nicht fest. Zuerst werden nach die Vorzüge der Abteilungen erwartet. Man kann jedoch annehmen, daß es sich in erster Linie um den Haushalt des Reichsministeriums handeln wird.

Der im Entwurfsstadium befindliche Haushaltsplan wird mit 300 Millionen Reichsmark eingeleitet. Bei diesem Kapitel werden voraussichtlich noch sehr bedeutende Einsparungen in Aussicht genommen werden. Dem Vernehmen nach werden hier neue Gedanken durchgeführt, die in dem bisherigen Haushaltsentwurf noch nicht zur Geltung gekommen waren. Es soll sich dabei jedoch nicht um die Zusammenlegung der verschiedenen Ämter der Erwerbslosenverwaltung handeln.

Damit bekräftigen die oben angeführten Meldungen, daß die Regierung bereits Sparmaßnahmen bei den Erwerbslosen im Hinblick auf die Durchführung der Reichsfinanzien durchzuführen wird, um den überhöhten Ausgaben neuer Millionen aus dem haushaltspolitischen Mittel zu verhindern.

Der im Entwurfsstadium befindliche Haushaltsplan wird mit 300 Millionen Reichsmark eingeleitet. Bei diesem Kapitel werden voraussichtlich noch sehr bedeutende Einsparungen in Aussicht genommen werden. Dem Vernehmen nach werden hier neue Gedanken durchgeführt, die in dem bisherigen Haushaltsentwurf noch nicht zur Geltung gekommen waren. Es soll sich dabei jedoch nicht um die Zusammenlegung der verschiedenen Ämter der Erwerbslosenverwaltung handeln.

Papen-Diktatur über Preußen

Reichsregierung fordert Landtagsauflösung. Finanzieller Druck auf Preußen

Die Papen-Schleicher-Diktatur hat ihren verheerenden Maßnahmen, die mehr und mehr einem offenen Staatsstreich gleichen, eine neue hinzugefügt. In einem Brief an den Reichspräsidenten Hindenburg hat der Reichsfiskusminister Papen die sofortige Einberufung des Preussischen Landtags gefordert, um in Preußen eine "ordnungsähnliche" Regierung wählen zu lassen.

Die formale Grundlage für diesen Schritt Papens bilden die Verhandlungen zwischen Reich und Preußen über die Verhältnisse der Reichsregierung. Die Reichsregierung, die zwar einen Jahressumme von 100 Millionen Reichsmark ausweist, hat sich auf den Standpunkt, daß dies keine bindende Summe war, zurückgezogen. Die Papen-Diktatur fordert einen finanziellen Druck auf Preußen zu üben, um die Einheitsregierung zu ermöglichen.

Die kommunistische Landtagsopposition hat gegen den Reichstag auf die nächste Sitzung des Landtags nur die Wahl des Reichspräsidenten zu setzen, in einem Brief an den Reichspräsidenten Hindenburg ist die sofortige Einberufung des Landtags mit der Forderung der Wahlprüfung über die kommunikativen Angelegenheiten, deren Abklärung in der letzten Landtagsperiode nicht vorgenommen werden konnte, und die Wahlprüfung über die vorliegenden Anträge.

Nazis verlangen Preußens Ministerien

Ueber die Wahl des Ministerpräsidenten für Preußen haben die NSDAP-Verhandlungen des Reichsministeriums nur mit den Nazis und den Deutschnationalen stattgefunden. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ist, daß die Nazis das Ministerpräsidentenamt und noch weitere vier Ministerien im preussischen Kabinett verlangen. Der Vorschlag der Deutschnationalen, den Abgeordneten v. Winterfeld zum Ministerpräsidenten zu wählen, wurde von den Nazis scharf abgelehnt.

SPD-Braun reißt aus!

Der preussische SPD-Ministerpräsident Braun ist gestern in längerem Urlaub geblieben, und hat die Reichsregierung dem Reichspräsidenten übergeben.

Wessen sich der Herr Brüning rühmt:

6 Milliarden Sozialausgaben gedroffelt

Der alte Reichstanzler streift mit dem neuen, wer reaktionärer sei. Wichtigste Lehre für die SPD-Arbeiter

Wessen hat die abgetretene Brüningregierung eine Erklärung veröffentlicht, in der sie voller Entrüstung sich gegen den Vorwurf verwahrt, nicht reaktionär genug gegen die arbeitenden Massen vorgegangen zu sein. In der Erklärung heißt es:

Wie haben in den Jahren 1930-1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden Reichsmark gedroffelt.

Das rechnet sich Brüning zum Ruhm auf sechs Milliarden ausschließlich auf Kosten des Reichs erpart. Denn wir haben nicht gehört, daß etwa den Kapitalisten irgend etwas entzogen worden wäre. Aber den Arbeitlosen, den Rentnern, den Sozialverfallenen, den Kranken und hungernden Proletariatskindern, der allgemeinen Notleidenden usw. wurden diese sechs Milliarden genommen.

Aber dem ehemaligen Reichstanzler gelangt der Nachweis, daß er nicht nur materiell, sondern auch ideell sein mögliches getan hat, um die herrschende Klasse zu betrogen.

Das Kabinett Brüning hat gegen die vorliegenden Forderungen im Lande alle Kräfte aufgebracht. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Sozialistenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt.

Ja, wir wissen, daß Herr Brüning auch das Verbot des Verbandes proletarischer Arbeiter als Blus antrahet. Die sehr er und Papen in den Verhandlungen übereinstimmen, jetzt

transmittierter Sitzsteller übergeben. Braun wird nicht mehr in die Regierungsgeschäfte zurückkehren.

Der SPD-Ministerpräsident hat sich freiwillig von dem Reich zurückgezogen. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben. Die Reichsregierung hat sich dem Reichspräsidenten Hindenburg übergeben.

Not und t

nach öffentlichen ... 1370 ...

in den Reihen ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...

die reol ... die reol ...